

AUSGABE VOM 27. FEBRUAR 2021

## Schnellere Bauanträge durch digitalen Ausbau des NRW-Bauportals

Während Bauprojekte inzwischen vielfach digital konzipiert sind, müssen für deren Genehmigung oft noch Unterlagen ausgedruckt und ins Rathaus getragen werden. In NRW soll das der Vergangenheit angehören. 2022 soll das Baugenehmigungsverfahren digitalisiert sein, so Bauministerin Scharrenbach.

„Seit der Bund beim Wohngipfel das digitale Verfahren als Ziel ausgegeben hat, wurden viele Initiativen angeschoben. NRW ist dabei im nationalen Vergleich recht weit“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Eine wichtige Rolle kommt dem Bauportal NRW zu. Es wird die Bauanträge digital übermitteln. Zudem werde 2021 die Digitalisierung der Bauleitpläne angeschoben. „Das sind gute Nachrichten für die raschere Verwirklichung von Bauvorhaben“, so Möring.

## Wohnraumoffensive: Investitionen fördern, Bezahlbarkeit sichern

Im Pandemiejahr 2020 wurden so viele Wohnungen neu gebaut wie seit 20 Jahren nicht. Dies ist ein Ergebnis der vor zweieinhalb Jahren gestarteten Wohnraumoffensive der Bundesregierung. Das Ziel, in dieser Wahlperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen zu schaffen, komme in Sicht, so Bundeskanzlerin Merkel und Bundesbauminister Seehofer am Dienstag bei der digitalen Bilanzkonferenz zur Wohnraumoffensive. Mit den Entscheidungen des Wohngipfels im September 2018 habe die Bundesregierung



„Das ist ein gigantisches Wohnungsbauprogramm!“ Bauminister Horst Seehofer zog eine positive Bilanz der Wohnraumoffensive der Bundesregierung. (Foto: privat)

die Rahmenbedingungen für neuen und bezahlbaren Wohnraum geschaffen.

„Die Bauwirtschaft war trotz Pandemie der Motor der deutschen Wirtschaft schlechthin“, so Seehofer. „Wir haben 1,2 Millionen neue Wohnungen geschaffen, hinzu kommen 770.000 erteilte Baugenehmigungen. Aber wir lehnen uns jetzt nicht zurück. Wir müssen in den kommenden Jahren stark weitermachen, und verstetigen.“

Als gutes Instrument hat sich das Baukindergeld erwiesen: Bereits 310.000 Familien haben diesen Zuschuss seit September 2018 beantragt. Neue Sonderabschreibungen

für den Miet- und den Mitarbeiterwohnungsbau und auch die Wohnungsbauprämie hätten zur verstärkten Bautätigkeit beigetragen. Eine „Sanierungswelle im Bestand“ haben zudem das neue, vereinheitlichte Energiesparrecht und verbesserte Förderbedingungen für energieeffiziente Gebäude und Heizungen ausgelöst.

Seit dem 1.1.2020 gibt es für mehr Menschen einen Anspruch auf Wohngeld. Rund 660.000 einkommensschwache Haushalte profitieren von gleich zwei Wohngelderhöhungen in dieser Wahlperiode. Ab 2022 wird das Wohngeld alle zwei Jahre an die aktuelle Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Kölns CDU-MdB und Bauausschussmitglied Karsten Möring: „Wir haben Wort gehalten. Die Beschlüsse des Wohngipfels sind auf dem Weg und zu großen Teilen bereits umgesetzt. Wir setzen auf Investitionen und die richtigen Anreize, nicht auf Vorschriften und Regulierungen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die Grünen wollen mal wieder das tun, was sie am besten können: Etwas verbieten. 2017 war es beim „Veggie-Day“ das Schnitzel, beim Verkehr waren es Diesel



und Benziner und bei der Wohnungsbaupolitik haben sie jetzt offenbar das Einfamilienhaus als Feindbild entdeckt, das aus klimapolitischen Gründen zum Auslaufmodell erklärt wird. Dahinter steckt der ideologische Kampf gegen das Eigentum. Statt Eigentum zu fördern und zu schützen, setzen die Grünen auf bevormunden und verbieten. Flankiert von eifertiger Zustimmung der LINKEN.

Trotz aller Kuschelheterik gegenüber der Union auf Bundesebene enthält die Programmatik und das Denken der Grünen sehr viele linke und ideologische Ziele. Darüber reden die grünen Chefs natürlich nicht gerne. Der bürgerliche Zuckerguss hat ja auch bei den Kommunalwahlen zu Erfolgen geführt. Alle bürgerlichen Wähler müssen sich das bei der Bundestagswahl am 26. September vor Augen führen. Die Grünen wirken gerne bürgerlich. Aber hinter dieser Fassade verbergen sich vielfach knallharte linke Positionen. Wer mit uns gemeinsam Politik gestalten will, muss sich klar zu einer mutigen und innovationsfreundlichen Politik der bürgerlichen Mitte und der sozialen Marktwirtschaft bekennen. Wir werden auch in Köln alles daran setzen, im Herbst eine starke Union für eine bürgerliche Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Dazu möchte ich mit Kraft und Leidenschaft beitragen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Zwischenbilanz - Deutsche Coronahilfen Spitze in Europa

Kein Land in der EU hat seine Wirtschaft in der Corona-Krise so stark gestützt wie Deutschland. Im ersten Lockdown im Frühjahr letzten Jahres hat die Koalition für Mittelständler und Großunternehmen einen 600 Milliarden schweren Wirtschaftsstabilisierungsfonds aufgelegt. Außerdem wurden zahlreiche Liquiditätshilfen durch die KfW in Form von Krediten in Höhe von derzeit knapp 50 Milliarden Euro bewilligt.

Für Kleinunternehmer standen Soforthilfen von bis zu 50 Milliarden Euro für die Monate März bis Mai bereit. Hinzu kamen die Überbrückungshilfen I und II für kleine und mittlere Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb aufgrund der Corona-Krise ganz oder teilweise einstellen mussten. Fast 25 Milliarden Euro standen hierfür im Förderzeitraum bis Dezember zur Verfügung. Für Arbeitnehmer gab es das Kurzarbeitergeld im Umfang von rund 23 Milliarden Euro seit Beginn der Krise. Hinzuverdienstmöglichkeiten wurden großzügig zugelassen.

Mit dem zweiten Lockdown im letzten Jahr hat die Koalition die außerordentlichen Wirtschaftshilfen für November und Dezember aufgelegt. Von beantragten 10 Milliarden Euro wurden bis heute gut 7 Milliarden Euro ausgezahlt. Diese Wirtschaftshilfen stehen natürlich auch Soloselbstständigen offen.

Zu Jahresbeginn wurden diese Hilfen durch die Überbrückungshilfe III abgelöst. Mit ihr können von der Pandemie betroffene Unternehmen bis Ende Juni dieses Jahres staatliche Unterstützung zur Deckung ihrer Fixkosten in Höhe von bis zu 1,5 Millionen Euro monatlich erhalten. Zum Programm gehört auch die sogenannte „Neustarthilfe für Soloselbstständige“. Mit ihr soll Solo-Selbstständigen geholfen werden, die häufig nur geringe Fixkosten haben. Sie können einmalig eine Neustarthilfe von bis zu 7.500 Euro erhalten. Im Bundeshaushalt 2021 sind dafür 40 Milliarden Euro eingeplant.

Kunst und Kultur leiden in der Corona-Pandemie besonders. Deshalb wurde im letzten Jahr das Hilfspaket „Neustart Kultur“ mit einer Milliarde Euro aufgelegt. Kürzlich wurde es um eine weitere Milliarde aufgestockt. Zusätzlich soll für die notleidende Kultur- und Veranstaltungsbranche eine Unterstützung in Höhe von 2,5 Milliarden Euro geschaffen werden. Hier stehen allerdings seit Wochen konkrete Umsetzungsvorschläge durch den Bundesfinanzminister aus.

Vor der Einführung von Hilfsprogrammen müssen sich Wirtschaftsminister Altmaier und SPD-Finanzminister Scholz über deren Einzelheiten und Auszahlungsmodalitäten abstimmen. Leider musste sich Altmaier noch bis vor kurzen mit Scholz über die Überbrückungshilfe III ab Januar streiten, die sich deshalb um mehrere Wochen verzögerte. Dabei nutzt die SPD im beginnenden Wahlkampf jede Gelegenheit, angebliche Versäumnisse des Wirtschaftsministers anzuprangern. Die Union lässt sich dadurch aber nicht beirren. Nur gemeinsam werden wir diese Krise bewältigen.

## Berliner Interesse für neues Kölner Ratsbündnis



Meinungsaustausch auf Distanz. Am Rande des Plenums finden sich auch in Coronazeiten Gelegenheiten zum Gespräch. So informierte CDU-MdB Karsten Möring als Verhandler der Kölner CDU mit den Grünen und Volt für die Themen Energie, Klima, Umwelt, CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus aus erster Hand über die schwierigen Verhandlungen und die Details des Bündnisvertrages für die aktuelle Kommunalwahlperiode bis 2025. Der weitere Fahrplan sieht vor, dass die Mitglieder der drei Parteien auf ihren jeweiligen Parteitag Anfang März über die Vereinbarung beraten und abstimmen. „Wir wollen den Herausforderungen, vor denen Köln steht, mit großem Engagement, partnerschaftlich und gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Henriette Reker begegnen“, so Möring. „Dafür haben wir uns auf ein Programm geeinigt, das Köln voran bringt.“ (Foto: Privat)

## Sonderregelung für Planungsverfahren in Coronazeiten

Am Donnerstag hat der Bundestag die Verlängerung eines Gesetzes zur Sicherstellung von Planungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung in Coronazeiten beschlossen. „Für den Investitionsstandort Deutschland ist es entscheidend, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren auch während der Pandemie weitergehen können“, so Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Die Pandemie erschwere zum Beispiel bei der Aufstellung eines Bebauungsplans oder anderer Genehmigungsverfahren die vielfach vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung, weil die Einsicht in öffentlich ausgelegte Planungsunterlagen nicht möglich ist. „Damit Planungs- und Genehmigungsverfahren daran nicht scheitern, hat der Bundestag die Möglichkeit zur Bereitstellung der Unterlagen im Internet bis Ende 2022 verlängert“, so Möring.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 71 der 19. Wahlperiode

27. Februar 2021

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

